

Sehnsucht nach Uschi

Die Kritik an Familienministerin Kristina Schröder (CDU) wächst

Von Miriam Hollstein

BERLIN – Als Familienministerin war Ursula von der Leyen (CDU) umstritten, auch in der eigenen Partei. Die einen störte, mit welchem Selbstbewusstsein die siebenfache Mutter ihre Pläne vorantrieb; die anderen ärgerten sich, dass sie sich mit Projekten wie dem Elterngeld an familienpolitische Ideen der SPD annäherte.

Doch inzwischen wünschen sich viele ihrer Kritiker von der Leyen als Familienministerin zurück.

Das bekommt ihre Nachfolgerin Kristina Schröder (CDU) derzeit zu spüren. Die jüngste Ministerin des Merkel-Kabinetts tritt deutlich zurückhaltender auf als ihre Vorgängerin. Schröder müsse „ihre Linie noch klarer machen“, sagte die familienpolitische Sprecherin der Union, Dorothee Bär, dem „Hamburger Abendblatt“. „Gerade bei den Sparzwängen ist es wichtig, dass Ministerin Schröder bei den entscheidenden Reformen deutlich enger mit den Abgeordneten und den Fachausschüssen des Parlaments zusammenarbeitet.“

Die Grünen reichten im Juli eine parlamentarische Anfrage ein: In lehrhaftem Ton wird dort in 56

Punkten gefragt, was denn aus den familienpolitischen Vorhaben der Ministerin geworden sei. Darunter finden sich auch Fragen wie: „Welche Maßnahmen hat sie (die Bundesregierung) zur Verankerung der Kinderrechte im Bewusstsein der Erwachsenen getroffen?“ Die 42 Seiten lange Antwort des Familienministeriums beeindruckte die Grünen wenig. „Die Bilanz des Familienministeriums ist ernüchternd“, sagte Grünen-Chefin Claudia Roth dem „Abendblatt“. Alle im Koalitionsvertrag vereinbarten großen familienpolitischen Vorhaben seien „entweder abgeräumt oder auf Eis“ gelegt.

Das Familienministerium weist die Kritik zurück. „Alle Vorhaben des Koalitionsvertrags standen unter Finanzierungsvorbehalt“, sagte Sprecherin Stefanie Augter der WELT. Im Gegensatz zu anderen Ministerien werde es bei der Familienpolitik jetzt aber keine weiteren Einsparungen geben: „Vom Familienministerium wird bis Ende 2014 über die nun zu vereinbarenden Einsparungen hinaus kein weiterer Konsolidierungsbeitrag erwartet.“ Auch sei es falsch, dass alle Vorha-

ben auf Eis lägen. Im Gegenteil: Bis Ende des Jahres will Ministerin Schröder noch ein Kinderschutzgesetz sowie ein Gesetz zu dem von ihr entworfenen Modell der Familienpflegezeit auf den Weg bringen.

Doch Letzteres stößt beim Koalitionspartner auf Widerstand. „Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen wäre es schwierig, eine solche Auszeit zu garantieren“, sagte die familienpolitische Sprecherin der FDP, Miriam Gruß, der dieser Zeitung. Das Modell in seiner jetzigen Form belaste Wirtschaft und Bürger. Vernichtende Kritik kommt von der SPD. „Diese Ministerin ist eine komplette Fehlbesetzung“, sagte die familienpolitische Sprecherin Caren Marks der WELT: „Von den vollmundigen Versprechungen wie etwa der Ausweitung des Elterngelds ist nichts übrig geblieben.“ Im Gegensatz zu Schröder habe von der Leyen mit der SPD bei einigen Projekten am gleichen Strang gezogen, sagte Marks. Das klang früher anders: Ein von Ursula von der Leyen eingebrachter Entwurf zum Kinderschutzgesetz war im Mai 2009 an der SPD gescheitert.